

Der Proletarier.

Organ des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

№ 20.

Diese Zeitung erscheint alle vierzehn Tage Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 65 Pf. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Hannover
Sonnabend, 3. Oktober 1903.

Geschäftsinsertate pro 3gespalt. Zeile oder deren Raum 25 Pf., für Zahlstellen 15 Pf. Offerten-Einnahme 10 Pf. Redaktion: Schillerstr. 5. Verlag: Steinthorstr. 6.

12. Jahrg.

Die Streiks im Jahre 1902.

I.

Die gewerkschaftliche Streikstatistik weist für das Jahr 1902 insgesamt 861 Streiks und Aussperrungen mit 55 713 Beteiligte aus. Nach der amtlichen Statistik wurden in dem Jahre 1084 Streiks begonnen, von denen 1060 beendet sind. Nur über die letzteren werden in der amtlichen Statistik nähere Angaben gemacht und waren nach diesen an den Streiks 53 912 Personen unmittelbar beteiligt. Ferner wird in der amtlichen Statistik über 51 Aussperrungen mit 10 305 Beteiligte und 29 Wataussperrungen berichtet, von denen 4873 Personen betroffen wurden. Insgesamt berichtet die amtliche Statistik über 1140 wirtschaftliche Kämpfe mit 69 090 Beteiligte, also über 279 Kämpfe und 13 377 Beteiligte mehr, als die gewerkschaftliche Statistik.

Das amtliche Statistik eine größere Zahl Streiks festgestellt werden muß, als dies durch die Statistik der Generalkommission geschehen kann, ist stets von uns betont worden, weil sich die letztere nur auf die Streiks erstreckt, welche von den der Generalkommission angeschlossenen Organisationen geführt werden. Die Streiks unorganisierter Arbeiter sowie die von lokalen Vereinen oder sonstigen Organisationen geführten Streiks können in der gewerkschaftlichen Statistik nicht enthalten sein. Der Verband der christlichen Gewerkschaften nimmt seinerseits eine Streikstatistik auf und berichtet, daß 1902 von den angeschlossenen Organisationen 37 Streiks geführt wurden, an welchen 2151 Personen beteiligt waren. Es bleiben trotzdem noch 242 Streiks und 11 226 Streikende, resp. Aussperrte, welche nach der amtlichen, nicht aber nach der gewerkschaftlichen Statistik ausgewiesen werden.

Damit ist nun aber keineswegs gesagt, daß die amtliche Statistik nunmehr vollkommen sei. Auch für das Jahr 1901 wies die amtliche Statistik 364 wirtschaftliche Kämpfe mit 14 720 Beteiligte mehr aus, als die gewerkschaftliche Statistik. Bei dem Vergleich der einzelnen Streiks, wie sie die amtliche und gewerkschaftliche Statistik verzeichnete, ergab sich, daß wohl in der letzteren 559 Streiks mit 20 012 Beteiligte nicht enthalten waren, welche die amtliche Statistik auswies, daß aber andererseits 316 Streiks mit 6243 Beteiligte stattgefunden hatten, über welche die amtliche Statistik nicht berichtete. Ob die amtliche Statistik für 1902 nach dieser Richtung besser geworden ist, wird der ebenso wie im Vorjahre zu zu machende Vergleich ergeben, über den wir so bald als möglich berichten werden.

Die Streiks und Aussperrungen allein geben aber noch kein richtiges Bild von dem Wirken der Gewerkschaften in Bezug auf Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiterschaft. Es müßte, um dieses Bild zu vervollständigen, auch nachgewiesen werden, inwieweit durch Eintreten der Organisation eine Besserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen erreicht oder eine Verschlechterung verhindert worden ist, ohne daß es zu einer ArbeitsEinstellung kam. Hierüber berichten wohl einzelne Organisationen für die Statistik, doch fehlen von der Mehrzahl die bezüglichen Angaben, so daß auch 1902 nur für wenige Organisationen summarisch mitgeteilt werden kann, was nach dieser Richtung hin erreicht worden ist. Es hatten die Bildhauer Lohnbewegungen in 12 Werkstätten mit 77 Beteiligte und wurde voller Erfolg erzielt. Die Böttcher hatten 2, die Brauer 24 Lohnbewegungen, welche letztere fast ausnahmslos erfolgreich waren. Die Lederarbeiter berichten, daß die Konjunktur in der Weißgerberei gut, in der Lohgerberei aber sehr gedrückt war. Es wurden 11 Lohnbewegungen zur Verbesserung der Löhne mit vollem Erfolg geführt, während 4 Bewegungen inszeniert wurden, um eine Verschlechterung zu verhindern, die teilweise Erfolg hatten. Die Schuhmacher hatten 19 Lohnbewegungen mit 1203 Beteiligte, und waren davon 11 völlig und 8 teilweise erfolgreich, während bei den Stukkateuren von 4 Lohnbewegungen 3 mit vollem Erfolg endeten. Diese Angaben sind überaus dürftig, doch läßt sich vielleicht später die Statistik auch nach dieser Richtung hin ausfüllen, weil erst mit dem Ausweis über diese ohne Streiks herbeigeführten Verbesserungen das Wirken der Gewerkschaften auf diesem Gebiete vollständig dargestellt werden würde.

Es haben 861 Streiks mit 55 713 Beteiligte, 3224 Wochen Gesamtdauer und einer Ausgabe von 2 237 504 M. stattgefunden. Gegenüber dem Jahre

1901 vermehrten sich die Streiks um 66, die Zahl der Beteiligte um 6747, während die Ausgabe um 278 384 M. geringer war als im Jahre 1901. (Für das Jahr 1901 sind für diesen Vergleich auch die 68 Streiks mit 444 Beteiligte, die nicht in den Tabellen ausgewiesen wurden, weil nähere Angaben fehlten, hinzugerechnet worden.) Von den Streikenden waren 3428 Frauen. Genauere Angaben über den Ausgang sind für 802 Streiks gemacht, und zwar waren davon 350 = 43,6 Proz. erfolgreich, 156 = 19,5 Proz. teilweise erfolgreich und 296 = 36,9 Proz. erfolglos. Für 15 Streiks war der Ausgang unbekannt, während 2 Streiks endeten, weil der Unternehmer den Betrieb aufgab, und 12 Aussperrungen auf Zeit erfolgten, ein Erfolg oder Mißerfolg hierbei also nicht zu verzeichnen ist.

Auf die verschiedenen Industriegruppen verteilen sich die Streiks so: Das Baugewerbe hatte 347 Streiks, an denen 29 692 Personen beteiligt waren. (Davon kommen auf die Maurer 176 Streiks mit 15 882 Beteiligte, die Bauhilfsarbeiter 25 Streiks mit 6305 Beteiligte, die Zimmerer 61 Streiks mit 4237 Beteiligte usw.)

Für die Gruppe Metallindustrie und Schiffsbau sind 137 Streiks mit 10 023 Beteiligte verzeichnet. (Davon entfallen auf die Metallarbeiter 122 Streiks mit 8826 Beteiligte, die Werftarbeiter 4 Streiks mit 1000 Beteiligte usw.)

Im graphischen Gewerbe und der Papierindustrie fanden 23 Streiks statt, an denen 422 Personen beteiligt waren. (Dabei sind die Buchdrucker mit 14 Streiks und 345 Beteiligte am zahlreichsten vertreten.)

Die Holzindustrie verzeichnet 173 Streiks mit 3712 Beteiligte. (Die größte Zahl dieser Gruppe weisen die Holzarbeiter auf mit 124 Streiks und 3129 Beteiligte.)

Auf die Bekleidungsindustrie kommen 53 Streiks mit 2309 Beteiligte, die Nahrungs- und Genussmittelindustrie 43 Streiks mit 733 Beteiligte, und auf verschiedene, in den vorstehenden Gruppen nicht eingereichte Gewerbe entfallen 85 Streiks mit 5304 Beteiligte. Hierunter fällt auch unsere Organisation mit 16 Streiks und 836 Beteiligte.

Die Zahl der Angriffstreiks war 1902 geringer als 1901, die Zahl der Abwehrstreiks aber ganz bedeutend höher.

Angriffstreiks sind 289 = 33,6 Prozent aller Streiks (1901: 291 = 40 Prozent) geführt und waren daran 32 659 Personen, darunter 2468 Frauen beteiligt. Diese Streiks dauerten zusammen 1212 Wochen und erforderten eine Ausgabe von 1 136 343 M. Erfolgreich waren 117 = 42,4 Prozent, teilweise erfolgreich 71 = 25,7 Prozent und erfolglos 88 = 31,9 Prozent. Abwehrstreiks waren zu verzeichnen 572 = 66,4 Prozent aller Streiks (1901: 436 = 60 Prozent) mit 23 054 Beteiligte, darunter 960 Frauen, 2012 Wochen Dauer und einer Ausgabe von 1 084 661 M. Von diesen Streiks waren 233 = 44,3 Prozent erfolgreich, 85 = 16,2 Prozent teilweise erfolgreich und 208 = 39,5 Prozent erfolglos. In zwei Fällen endete der Streik mit Betriebsaufgabe, 12 Aussperrungen erfolgten auf Zeit und 16 Streiks waren am 1. Januar 1903 noch nicht beendet.

In den Jahren, für welche seitens der Generalkommission die Statistik über die Streiks geführt ist, von 1890 bis 1902, sind insgesamt 6212 Streiks mit 645 088 Beteiligte und einer Ausgabe von 18 892 180 M. geführt worden. Von diesen Streiks waren 2699 = 47,2 Prozent erfolgreich, 1376 = 24 Prozent teilweise erfolgreich und 1644 = 28,8 Prozent erfolglos. Für den Rest der Streiks ist der Ausgang unbekannt geblieben.

Eine genaue Trennung der Streiks in Angriff- und Abwehrstreiks ist besonders in den ersten Jahren, für welche die Statistik geführt wurde, nicht immer erfolgt, wie auch in den ersten Jahren mangels genügender Aufzeichnungen in den Organisationen die Statistik nicht über alle Streiks berichtet, welche von den Organisationen geführt werden. Dies muß bei Beurteilung der Ergebnisse der Statistik im Allgemeinen, besonders aber bei den Angaben bezüglich der Angriff- und Abwehrstreiks berücksichtigt werden. In dem 13jährigen Zeitraum, auf welchen sich die Statistik erstreckt, waren von den Streiks 3117 Angriffstreiks = 49,6 Prozent aller Streiks. An denselben waren 454 084 Personen beteiligt und war eine Ausgabe von 12 000 002 M. erforderlich. 49,9 Prozent

dieser Streiks waren erfolgreich, 30,3 Prozent teilweise erfolgreich und 19,8 Prozent erfolglos. Abwehrstreiks waren 3076 mit 170 895 Beteiligte und einer Ausgabe von 5 419 237 M. Es waren 44,4 Prozent dieser Streiks erfolgreich, 17,5 Prozent teilweise erfolgreich und 38,1 Prozent erfolglos.

Wenn auch die Aufwendungen, welche von der Arbeiterschaft für die wirtschaftlichen Kämpfe gemacht worden sind, sich genauer nachweisen lassen, so doch nicht der Verlust, welchen die Arbeiter an Ausfall von Arbeitsverdienst hatten. Vom Jahre 1900 ab ist die Streikstatistik zwar auch auf diese Fragen ausgedehnt worden, doch sind die Ausgaben hierüber nicht vollständig. Es waren zu verzeichnen:

1900:	852 Streiks mit 115 711 Beteiligte.
1901:	727 " " 48 522 " "
1902:	861 " " 55 713 " "

2 440 Streiks mit 219 946 Beteiligte.

Davon ist der Verlust an Arbeitszeit und Arbeitsverdienst festgestellt.

		nach Verlust an Arbeitsz. Arbeitsod.	
		Tage	
		Mtl.	
1900:	608 Streiks mit 62 273 Beteiligte.	1 223 702	4 372 850
1901:	604 " " 38 913 " "	1 194 553	3 997 082
1902:	749 " " 48 153 " "	964 317	3 759 350

1 961 Streiks mit 149 339 Beteiligte. 3 382 572 12 129 252

So unvollkommen diese Zahlen auch sind, so zeigen sie doch, welche Opfer die Arbeiterschaft bringen muß, um von den Unternehmern eine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erhalten, die sehr wohl zugebilligt werden konnte, ohne daß es dieser gewaltigen Opfer bedurfte. Es steht außer allem Zweifel, wenigstens für Denjenigen, welcher ein offenes Auge für unsere wirtschaftlichen Verhältnisse hat und die Vorgänge bei dem Ringen der Arbeiter um eine bessere Lebenshaltung beobachtet, daß es nicht die Unerfüllbarkeit der Forderungen der Arbeiter ist, was die Unternehmer veranlaßt, die geforderten Arbeitsbedingungen nicht anzuerkennen, sondern der Umstand, daß sie es als einen Einwurf in ihre „Herrenrechte“ betrachten, wenn die Arbeiter überhaupt Forderungen stellen.

In den Orten, in welchen Angriffstreiks geführt wurden, waren vor den Streiks schon 2803 Arbeiter vorhanden, welche die geforderten Arbeitsbedingungen hatten, während in 659 Betrieben für 6356 Arbeiter die Forderungen bewilligt wurden, ohne daß es zum Streik kam. Ein Beweis dafür, daß das, was die Arbeiter verlangten, durchaus im Rahmen des Erfüllbaren lag. Wenn es sich nicht um Leute handelt, die Schmutzkonkurrenz treiben, muß der eine Unternehmer erfüllen können, was der andere zugesteht. An hohen Löhnen und kurzer Arbeitszeit ist noch nie ein Gewerbe zu Grunde gegangen, sondern auch in Deutschland ist leicht der Nachweis zu führen, daß Gewerbe und Betriebe mit den günstigsten Arbeitsbedingungen am besten florieren.

Aber auch ein anderer Umstand erweist, daß die Arbeiter nicht leichtsinnige Forderungen stellen. Es handelt sich, wie die Gewerkschaftsstatistik ausweist, bei den an Streiks Beteiligte um Leute, die über die jugendliche Leichtfertigkeit hinaus sind und zum größten Teil eine Verantwortung für ihre Familie haben. Von den 55 713 an den Streiks und Aussperrungen Beteiligte waren nur 3729 männliche und 577 weibliche unter 21 Jahren alt. Dagegen waren 26 019 männliche und 2199 weibliche Streikende verheiratet, die insgesamt 48 962 Kinder unter 14 Jahren zu ernähren hatten. Diese Leute werden sich hüten, unerfüllbare Forderungen zu stellen und ihre Familien der Noth preiszugeben, der sie bei Streiks ausgesetzt sind, trotz der, nur zu oft sehr geringen, Streik-Unterstützung. In 627 Fällen ist 1902 vor der ArbeitsEinstellung und in 942 Fällen während derselben versucht, mit den Unternehmern in Unterhandlung zu treten, doch wurde dieser Versuch in 381 Fällen zurückgewiesen.

Parteitag

der deutschen Sozialdemokratie.

II.

Anwesend waren 336 Personen, von denen 56 Abgeordnete waren. Die Tagesordnung erfuhr eine Erweiterung dahingehend, daß die vor dem Parteitag in der Partei aufgetauchten Fragen, wie: Mitarbeit an bürgerlichen Wahlen, Wahl des Vizepräsidenten und Taktik, mit aufgestellt wurden. Darüber, daß

Sozialdemokraten an bürgerlichen Blättern nicht als Mitarbeiter und Redakteure tätig sein können, waren eine Anzahl journalistisch tätiger Parteigenossen im Zweifel. Der Parteitag mußte zwei Tage seiner kostbaren Zeit daran verschwenden, um den Genannten zu zeigen, daß es eines Sozialdemokraten unwürdig ist, wenn er seine Geistesprodukte an einer Stätte ablagert, an welcher sonst die Bestrebungen der Sozialdemokratie bekämpft werden, und meist in recht unfauler Weise. Einer der Journalisten veröffentlichte in der „Zukunft“ einen mit „Parteimoral“ überschriebenen Artikel, in welchem folgende niedliche Stellen vorkamen:

„Der Parteiführer bedenkt, daß die Parteigänger eben erst aus der Masse kommen und die Spur solcher Herkunft noch an sich tragen: mit vollem Bewußtsein richtet er danach sein Reden und sein Verschweigen. Auch anderen Kindern verschweigen Eltern und Lehrer Manches, schildern sie schon, um es zu vereinfachen, Manches anders, als sie es es in der Wirklichkeit sehen. — Und Niemand schilt sie deshalb Lügner. Der politische Pädagoge muß damit rechnen, daß die Mehrheit seiner Parteiherde noch in den vom Massenempfinden gekennzeichneten Vorstellungen lebt, in einem Kindheitsstadium, und daß diese Mehrheit für den Kampf nicht zu entbehren ist.“

Eine solche „Moral“, welche nicht die Moral der Partei, wohl aber die des Verfassers war, schien dem Redakteur der „Neuen Zeit“ denn doch zu wurmstichig, und er forderte seinen Hauptmitarbeiter auf, mit diesem „Moral“prediger abzurechnen. Das geschah! Dann beschäftigte sich der Parteivorstand mit der Angelegenheit, er stellte Grundsätze auf, unter deren Beachtung die Mitarbeit an den bürgerlichen Blättern gelten sollte. Grundsätze, die jedem Arbeiter selbstverständlich erscheinen! Nur die, für welche sie geschrieben waren: ein halbes Duzend akademisch gebildeter Journalisten stellten sich begriffstauglich. Bekämpften sie durch Beschwerde und auf dem Parteitag. Für die Berechtigung und Notwendigkeit ihres Verhaltens mußten sie Gründe mit durchschlagender Beweisraft nicht anzuführen. Sie suchten daher in der Vergangenheit ihres wichtigsten Anklägers, des Genossen Dr. Franz Mehring, nach dunklen Punkten, um diesen beim Parteitag in Mißkredit zu bringen. Ein Beginnen, dessen Erfolg für die Entscheidung in der Sache furchtbar gleichgültig war. Dadurch, daß der Genosse Franz Mehring eine nicht einwandfreie politische Vergangenheit hinter sich hat, daß er vom Verteidiger der Sozialdemokratie zu deren Ankläger, ja Verleumder wurde und dann wieder umfallete, erwidert kein anderer Parteigenosse das Recht, nun auch ungerügt zu fehlen, für die bürgerliche Presse zu arbeiten, und was noch schlimmer ist, in ihr Parteifragen zu erörtern. Die Debatte, welche gar nicht hätte entstehen können, wenn die Personen, um welche es sich drehte, von der richtigen Parteimoral durchdrungen gewesen wären, nahm mitunter recht unerquickliche Formen an; sie schloß mit der Annahme folgender Resolution:

1. Kann es mit den Interessen der Partei für vereinbar erachtet werden, daß Parteigenossen als Redakteure und Mitarbeiter an bürgerlichen Presseunternehmungen tätig sind, in denen an der sozialdemokratischen Partei gebührende oder hässliche Anteil gehabt wird?

Antwort: Nein!

2. Kann ein Parteigenosse Redakteur oder Mitarbeiter eines bürgerlichen Blattes sein, auf welches obige Voraussetzung nicht zutrifft?

Diese Frage ist zu bejahen, soweit Stellungen in Betracht kommen, in denen der Parteigenosse nicht genötigt wird, gegen die sozialdemokratische Partei zu schreiben oder gegen dieselbe gerichtete Angriffe aufzunehmen.

Im Interesse der Partei sowohl wie im Interesse der in solchen Stellungen befindlichen Parteigenossen liegt es jedoch, daß den Letzteren keine Vertrauensstellungen übertragen werden, weil solche sie früher oder später in Konflikt mit sich und der Partei bringen würden.

Aus dem Bericht über die parlamentarische Tätigkeit ergibt sich, daß die sozialdemokratische Fraktion in fleißiger und energischer Weise für die Rechte des Volkes und des Landes Wohlfahrt eingetreten. Ihr Kampf gegen den Militarismus ist in frischer Erinnerung. Bei der Beratung des Staats wurde protestiert gegen den kaiserlichen Militarismus. Bei Beratung des Gesetzes betreffend Kinderarbeit in gewerblichen Betrieben, beim Phosphorzündwarenengesetz, bei der Krankenversicherung-Novelle und der Novelle zur Seemannsordnung, galt es für die sozialdemokratische Abgeordnete einzutreten für den Schutz der Ausgebildeten und Bedrückten. Die Fleischsteuerung, die Uebergriffe von Polizeiorganen hat sie zum Gegenstand von Interpellationen gemacht.

Von den seitens der Fraktion zu Beginn der Legislaturperiode im November 1900 eingebrachten 15 Initiativanträgen gelangte in der gesamten Legislaturperiode nur der eine auf Schaffung eines Reichswohnungsgesetzes zur Verhandlung; er wurde am 30. Januar 1901 abgelehnt. Bei Gelegenheit der Beratung des Gesetzesentwurfes, die von der Regierung eingebracht waren, kamen 4 weitere zur Besprechung: der Antrag auf Änderung des Gewerbevertragsgesetzes und auf Ausdehnung dieses Gesetzes auf alle im Bergbau, in der Land- und Forstwirtschaft, im Handel und Verkehr und als Gefinde beschäftigte Personen, der Antrag auf Aufhebung der dem Statthalter von Schles-Bohningen übertragenen außerordentlichen Gewalt, der Antrag auf Verbot der Verwendung schulpflichtiger Kinder unter 14 Jahren bei gewerblichen Arbeiten sowie bei Arbeiten gegen Entgelt im Gewerbebetrieb und in der Landwirtschaft und der Antrag auf Verbot der Zablitation, der Einfuhr und Ausfuhr und des Verkaufs von Zündwaren mit weissem Phosphor. Die übrigen 10 Anträge wurden trotz wiederholten Drängens nicht auf die Tagesordnung gesetzt. Der Inhalt dieser Anträge bezieht sich auf: die Errichtung eines Reichs-

arbeitsamts, die Errichtung von Reichsaufsichtsbehörden an Stelle der Fabrikspektoren, das Recht der Versammlung und Vereinigung und der Koalition, die Feststellung eines Maximalarbeitstags, der Schutz der Arbeiterinnen, eine gleichmäßiger Abgrenzung der Wahlkreise, Ausdehnung der Immunität der Abgeordneten auf die Dauer einer Straftat, Änderungen des Reichspressgesetzes, Schaffung eines Ministerverantwortlichkeitsgesetzes und auf Befestigung des Majestätsbeleidigungsparagrafen. Ein Teil dieser Anträge (Errichtung von Reichsaufsichtsbehörden und Feststellung eines Maximalarbeitstags) gelangte in Form von Resolutionen beim Reichsamt des Innern zur Besprechung.

Wirtschaftliche Rundschau.

Wollmarkten und Wollverwertung. — Wolligere Ernteschätzungen für Europa. — Das abgelaufene Baumwolljahr. — Die Aussichten des Textilgewerbes.

Die etwas gedrücktere Stimmung der letzten Wochen hat im Allgemeinen angehalten. Die Wollmärkte, die immer mehr zu einer großen politischen Krise zu drängen scheinen, die für diese Jahreszeit ungewöhnliche Erhöhung des englischen Marktstandes um ein volles Prozent (am 3. September von drei auf 4 Prozent) vertieften sogar den Mißmut. Es scheint, daß die großen Zentralbanken bewegtere Tage nicht für unmöglich halten und sich zur Zeit darauf vorbereiten. Daß auch die Deutsche Reichsbank Ende des Monats ihre Beiträge zu steigern gedenkt, wäre an sich beim Marktwechsel nicht abnormes; auffällig ist nur, daß man gleich um 1 Prozent hinaufgehen will und daß man sogar eine zweite Distinktion in England antizipiert, weil partei Solventgehungen seitens Amerika zu erwarten seien.

Erleichternd wirkten auf der anderen Seite auch manche günstige Nachrichten, so besonders über die Ergebnisse der Ernte in Europa. Vorher hatte das Wetter die Pflanzungen sehr herabgemindert; der Wiedereintritt von Hitze und Trockenheit verbesserte jedoch die Gesamtergebnisse ganz wesentlich, besonders für England und Frankreich. Statt der erwarteten minderwertigen Qualitäten zeigt die bisherige Zufuhr auf den englischen Weltmärkten vielfach sehr schöne Getreide. Frankreich wird kaum noch, wie befürchtet, eines Zuschusses vom Auslande bedürfen. In Deutschland waren allerdings in Folge der notwendig gewordenen Umpflügungen im Frühjahr an Winter- und Sommerweizen etwa 100 000 Hektar weniger als im Vorjahre angebaut; dafür ist die Qualität wesentlich besser, und dazu kommt, daß die Kartoffeln ungewöhnlich an Stärkegehalt durch die Sonne gewonnen haben. Dagegen scheint freilich die Abgabefähigkeit der Vereinigten Staaten eher geringer als im Vorjahre zu sein, sobald das Preisniveau wahrscheinlich keine besonderen Veränderungen aufweisen wird. 1902/03 haben allerdings die Exportländer mit einzig dastehenden Mengen ausbleiben müssen — allein an Weizen und Weizenmehl mit 57 Millionen Quarters (gegen 50 Millionen im Jahre 1901/02). Hierunter lieferte Nordamerika 23 1/2 (gegen 27 1/2) Millionen, Argentinien 6 (gegen 2,6) Millionen, Rußland 16,8 (gegen 10) Millionen, die Donau 5,5 (gegen 5) Millionen, Ostindien 3,4 (gegen 2) Millionen Quarters.

Wesentlich ist ferner der Ausfall der amerikanischen Baumwollenernte — einmal, weil die gesteigerte Kaufkraft des Farmertums stets belebend auf den allgemeinen Geschäftsgang in der Union zurückwirkt, endlich wegen des Rohstoffmangels der Textilindustrie aller Länder. Die Aussichten haben sich hier bemerkbar verbessert und am 1. September trat auch das formelle Ende des Brown'schen Corners ein.

Die Fachblätter verzeichnen jetzt, den Verlauf des Marktes im Jahre 1902/03 (1. September 1902 bis 31. August 1903) statistisch genau zu umschreiben. Es ergibt sich dabei ein Bild, das den landläufigen Vorstellungen recht wenig entspricht. Die amerikanische Baumwollenernte war nämlich im abgelaufenen Jahre durchaus nicht geringer wie in den Jahren vorher; man überschätzte jedoch lange Zeit den Ertrag ganz maßlos (um ein volles Viertel), so daß man gegen das Ende des Jahres vor ganz verblüffend niedrigen Vorräten und Zufuhren stand, während die Nachfrage sich zunächst fortsetzte. Erst mit dem Emporkommen der Preise übertrank alsdann die Textilindustrie — vor Allem Englands, aber auch der amerikanischen Nordstaaten — ihren Begehr wüthgedungen ein. Doch auch dabei ist das Gesamtresultat für die einzelnen Verbrauchsgebiete sehr verschieden. Die Nordstaaten der Union sowie England erreichen den früheren industriellen Baumwollkonsum überhaupt nicht, während die Südstaaten Amerikas und der europäischen Kontinent ihre Gesamtverarbeitung noch immer wachsen sehen. Die Statistik des „Financial Chronicle“ ergibt im Einzelnen folgendes für Amerika, dem Zentrum des Baumwollweltmarktes (in Ballen):

	1902/3	1901/2	1900/1
Zufuhr zu den Häfen . . .	7 632 757	7 571 587	7 605 277
Zufuhr über Land . . .	1 075 667	1 186 985	1 152 852
Verbrauch im Süden . . .	2 049 902	1 942 881	1 667 012
Gesamternte	10 758 326	10 701 453	10 425 141
Ausfuhr nach England . . .	2 847 662	3 046 116	2 995 494
Ausfuhr nach dem Kontinent, Japan u. . . .	3 836 551	3 600 809	3 544 511
Verbrauch der südlichen Epianer	2 101 189	2 264 406	2 062 441
Vorrat am 31. August . . .	262 040	163 586	229 320
Durchschnitts-Gewicht pro Ballen	508,51	504,90	510,24
Zufuhr neuer Ernte vor 1. Sept. Ballen	1773	116 578	53 229

Die letzten Ziffern enthalten eine weitere Stütze des Baumwollens Corners: die außergewöhnlich späte und geringe Zufuhr neuer Ernternten bis zum 1. September. Im Ganzen schätzt man die Spekulationswerte der Brown und Corners auf 7 Millionen Dollars, also auf über 28 Millionen Mark.

Den weiten Abstand zwischen der jetzigen Zeit langamer Erholung und der früheren Periode solchen Aufschwungs tritt besonders bei der Elektricitätsindustrie klar zu Tage hervor. In den Schriften des Vereins für Sozialpolitik haben wir schon von Dr. Josef Boeme-Breslau eine eingehende Darstellung der Beschäftigung und des Niederganges dieses hochwichtigen Produktionszweiges erhalten, in dem sich heute mehr als in einem anderen die allgemeine Wirtschaftslage abspiegelt. Der Verfasser glaubt hier noch eine lange Nachwirkung der vorangegangenen Ueberfütterung mit elektrischen Anlagen zu sehen. Fast alle größeren Städte sind mit elektrischen Anlagen versehen, jedoch ist sich hier zunächst nur um unbedeutendere Industriezweige oder um Erweiterungen bestehender Anlagen handelt. Elektrische Straßenbahnen kann man in Deutschland auch zunächst kaum mehr bauen. Es giebt 1. B. in ganz Deutschland nur noch 9 Städte von mehr als 40 000 Einwohnern, die keine Straßenbahn haben; so sind die beiden Hauptgebiete der in Frage kommenden Thätigkeit als abgegrast zu bezeichnen. Das Ertere, die Beleuchtungsbranche, einß das

Hauptgrundstück der Elektricitätsgesellschaften, hatte schon zu Beginn der Dausseetampagne nicht mehr viel an thun übrig gelassen; eine jahrelange Entwicklung war hier zum Abschluß gebracht worden. Die Bahnanlagen indes hatte man erst in die Mitte der 1890er Jahre zu vollenden begonnen — und in nicht mehr als fünf Jahren hatte man Deutschland vollaus versehen. Neue Anbaugebiete der Elektricität erschließen sich nur langsam. So sehr sich Dr. Boeme vom Motorenbetrieb im Handwerk nicht viel, „So anpassungsfähig der Elektromotor ist, so sparsam er arbeitet, es muß berücksichtigt werden, daß die Großindustrie ihn auch hat, ihn erst recht hat; die Elektrofabriken selbst auch erwarten heutzutage für sich nichts mehr davon.“ Ausichts-voller wäre an sich der Betrieb elektrischer Schleppschiffahrt; hier treten jedoch die Verhältnisse an den Kanälen hindernd entgegen; die Verstaatlichung der Schlepperel könnte für deren Elektrifizierung und damit für die elektrisch-industrielle Industrie von großer Bedeutung werden.“ Die Landwirtschaft bietet durch die räumliche Zersplitterung und die zeitliche Unstetigkeit der Arbeiten die denkbar größten Hindernisse; sie wird umso mehr Saisongewerbe, je intensiver man sie betreibt; aber der elektrische Betrieb kann immer nur da rentabel sein, wo sich intensiver Betrieb mit möglichst dauernder Anwendung verbindet und eine stetige gute Ausnutzung der Maschinen möglich ist.“ Eines der Hauptabgabebiete, auf welches die Elektrobranche für die Zukunft rechnen könne, sei allenfalls der Bergbau; hier könne man auf große Entfernungen elektrische Kraft in die Gruben leiten; Wasserleitungen, Fördermaschinen, Grubenlokomotiven, Bohrmaschinen und dergl. werden allmählich elektrisch betrieben — allerdings ist der Druckanstrieb meist noch ein überlegener Konkurrent. An elektrische Fernschneebahnen und eine Befestigung des Dampftrades glaubt der Verfasser zunächst nicht, dagegen an elektrische Stadt- und Vorortbahnen. Hier handelt es sich nicht um hohe Fahrgeschwindigkeiten oder lange Strecken, vielmehr liegt die charakteristische Eigenschaft von solchen Betrieben in der hohen Frequenz der Züge und in der kurzen Entfernung zwischen den Stationen; gerade unter solchen Bedingungen treten wirtschaftlich die Vorteile des elektrischen Betriebes am schärfsten in die Erscheinung. So erscheint der Export auch hier als unentbehrliches Ventil, und keine Industrie sieht darum den kommenden handelspolitischen Neueregungen mit größerer Spannung entgegen.

Berlin, 13. September 1903.

Max Schippel.

Die wirtschaftliche Lage und die chemische Industrie.

Der „Verein zur Wahrung der Interessen der Chemischen Industrie Deutschlands“ hielt in der Woche vom 12. bis zum 20. September in Elberfeld seine diesjährige Generalversammlung ab. Auf dieser gab der Generalsekretär des Vereins, Direktor D. Wenzel-Berlin, an der Hand einer Reihe statistischer Ziffern ein höchst beachtenswertes und lehrreiches Bild der industriellen Entwicklung des letzten Jahres im Allgemeinen und insbesondere der wirtschaftlichen Bewegung der chemischen Industrie. Er wies nach, daß der geschäftliche Niedergang während des größten Teils des Vorjahres noch fortgedauert habe, in den ersten Monaten des Jahres 1902 sogar seinen tiefsten Stand erreicht habe. Die Lebenshaltung der arbeitenden Klassen sei dadurch — wie die Verbrauchsziffern nachweisen — erheblich verschlechtert. An Stelle des nahrhafteren Brotes sei vielfach die billigere Kartoffel getreten, der Fleischgenuß habe infolge der Verteuerung erheblich nachgelassen und der Konsum der entbehrlichen Genussmittel wie Zucker, Kaffee, Bier, Tabak sei zurückgegangen. Das zeige sich eklatant an folgenden Zahlen: Der Konsum an Roggen sei von 147 Kilogramm auf 137 Kilogramm auf den Kopf der Bevölkerung, derjenige von Weizen von 91 auf 85, von Zucker von 12,3 auf 11,6, von Kaffee von 3,01 auf 2,95, von Gewürz von 0,16 auf 0,15 Kilogramm im Jahre 1902 gegenüber dem Jahre 1901 zurückgegangen, während gleichzeitig der Verbrauch an Kartoffeln von 604 Kilogramm auf 732 Kilogramm und derjenige an Gerlingen von 3,59 auf 4,06 Kilogramm gestiegen ist. Auch der Konsum von Fleisch habe sich im Jahre 1902 erheblich vermindert: auf 51 Schlachthöfen wurden im ersten Halbjahre 1902 197 000 Schweine weniger geschlachtet als im Vorjahre, während andererseits in 11 Städten die Zunahme an Pferdeschlachtungen von 35 bis 200 Proz. stieg. Erst gegen die Mitte des Jahres, insbesondere seit dem Herbst sei eine langsame Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse eingetreten, wie auch die gerichtliche Statistik über Wechselprozesse, Raubfischen und Konkurse bewies, von einer Rückkehr zu normalen Verhältnissen sei man aber noch weit entfernt.

Der Grund dieser wirtschaftlichen Leblosigkeit trotz des außerordentlich flüssigen Geldstandes liege vorzugsweise in der Unsicherheit über die Zukunft unserer internationalen Handelsbeziehungen, die der Geschäftswelt die größte Zurückhaltung auferlegte. Trotz der Verminderung des inländischen Konsums sei es in vielen Industriezweigen durch erzwungenen Export doch möglich gewesen, einer weitgehenden Einschränkung der Produktion Einhalt zu thun, aber nur bei gleichzeitiger Herabsetzung der Verkaufspreise bis fast an die Grenze der Herstellungskosten. Die chemische Industrie, die in großem Umfange für den ausländischen Markt arbeite und einen erheblichen Teil ihrer Erzeugnisse selbst verarbeite, sei von dem geschäftlichen Niedergang verhältnismäßig noch am wenigsten betroffen worden. Die Produktion habe im letzten Jahre wieder zugenommen, die Zahl der Vollarbeiter sei um 2,83 Prozent, die Summe der Löhne von 159,8 auf 164,2 Millionen gestiegen. Trotzdem sei nach den Ergebnissen von 133 Aktiengesellschaften mit einem ausgezahlten Kapital von 383 Millionen die Durchschnitts-Dividende in Folge der gedrückten Preise um 0,43 Prozent gesunken. Auch die bisher stetig gestiegenen Arbeitslöhne zeigten einen Rückgang von 1011,10 Mk. auf 1009,67 Mk. pro Kopf der Vollarbeiter. Ein günstigeres Ergebnis gegen das Vorjahr erzielte die Fabrikation wissenschaftlicher, pharmazeutischer, photo-

graphischer und technischer Präparate, ebenso die Theater-Industrie und die bisher am ungünstigsten arbeitende Dünge-Industrie. Dagegen ist in der Großindustrie der Alkalien und Säuren, der Explosivstoff- und Zündwaren-Industrie ein Rückgang der Rentabilität eingetreten.

Der Arbeitsmarkt im Monat August 1903 nach Berichten der Industrie.

Der Monat August weist, nach dem Reichs-Arbeitsblatt, gegen die Vormonate im Allgemeinen eine leichte Besserung in den hauptsächlichsten Industrien auf, nur einige bestimmte Industrien, die theils von der Saison abhängig sind (Buchdruckergewerbe) oder vom Wetter (Bierbrauerei) berichten über eine hervortretende Verschlechterung.

In der Metallindustrie bessern sich die Verhältnisse weiter. Die Eisengießerei war auch im Monat August rege beschäftigt, sodaß die Verhältnisse als normal, theilweise als befriedigend bezeichnet werden. Stahl- und Walzwerke sind meist normal beschäftigt und in der Kugelfabrikation hat die Nachfrage des Vormonats angehalten, in der Röhrengießerei ist sie noch stärker gemindert. Eine bemerkenswerte Besserung zeigt der August nunmehr fast durchgängig auch im Maschinenbau. Die Arbeitszeitverkürzungen haben fast in allen Betrieben aufgehört, die Löhne liegen zur Zeit jedoch noch unverändert. Das große Angebot von Arbeitskraft, welches in dem Vormonate noch bestand, ist fast zurückgegangen. Auch im Werkzeugmaschinenbau meldet die große Mehrzahl der Betriebe eine Besserung der Beschäftigung und normale Arbeiterverhältnisse. Die Löhne liegen still. Im Lokomotiv- und Dampfmaschinenbau wird aus den meisten Orten eine weitere Besserung gemeldet, vereinzelte Meldungen liegen aber auch über unbefriedigende Beschäftigung vor. Ueberangebot von Arbeitskräften bestand noch nach wie vor, andererseits wird über Mangel an geübten, selbstständigen, nach Zeichnung arbeitenden Schmiedern und Maschinenarbeitern geklagt. An vielen Stellen war Ueberarbeit wegen dringender Reparaturen erforderlich. Der Eisenbahnwagenbau liegt nach wie vor am schlechtesten. Die Werke arbeiten fast durchgängig mit stark verringertem Personal bei normaler Arbeitszeit oder unter Beibehaltung des Arbeiterstammes mit sehr stark verkürzten Arbeitszeiten. Die Löhne liegen fest. In der Drahtzinnfabrikation stante die bisher gute Beschäftigung im Monat August ab.

In der elektrischen Industrie ist die Gesamtkonjunktur zwar immer noch nicht völlig zufriedenstellend, die Besserung der letzten Monate hat aber auch im August angehalten. Arbeitskräfte waren reichlich vorhanden, an wichtigen Schloßern und Drehern bestand an einigen Orten Mangel. Die Telefon- und Telegraphenwerke waren normal beschäftigt, theilweise wird die Beschäftigung sogar als gut bezeichnet. Die elektrische Beleuchtungsbranche war zufriedenstellend beschäftigt, besser als im Vorjahr um die gleiche Zeit. Die Steigerung in der Nachfrage hängt mit der beginnenden Herbstsaison zusammen. Die Arbeitsverhältnisse waren im Allgemeinen normal, aus lokalen Gründen bestand vereinzelte Arbeitermangel.

Die Kalkfabrikation, sowie die Fabrikation von sonstigen Dächern hätte besser beschäftigt sein können. Von einer Seite wird unter Berücksichtigung der Jahreszeit die Lage als im Allgemeinen noch zufriedenstellend bezeichnet. In der Fabrikation elektrischer und galvanischer Kohle beginnt die Saison, die Beschäftigung hebt sich dementsprechend. Die Fabrikation von Zirkonmaterialien war zufriedenstellend beschäftigt, freilich bei gedrückten Preisen. In der Aluminiumindustrie besteht starke Nachfrage und normales, eher reichliches Angebot von Arbeitskräften. Die Löhne liegen fest, es kamen sehr viel Ueberstunden vor. Ein Gleiches ist auch für die Fabrikation von Starkstromapparaten zu berichten und für die Fabrikation elektro-medizinischer Apparate.

Das Baugewerbe war in den einzelnen Städten sehr verschieden beschäftigt. Während aus Chemnitz, Bregenz, Breslau, Forst, Halle, Hanau und Mainz die Beschäftigung als unverändert, zeitweise etwas schleppend gemeldet wird, melden Thorn, Frankfurt a. O., Rülitz, Magdeburg und Braunschweig Besserung, Wiesbaden und Köln a. Rh. einen starken Geschäftsgang. Dementsprechend sind in einzelnen Städten Lohnsteigerungen eingetreten, während in den übrigen die Löhne festliegen. Die Arbeitszeit war überall unverändert. Die Holzindustrie und der Holzhandel, soweit sie mit dem Baugewerbe in Verbindung stehen, waren normal beschäftigt. In der holzverarbeitenden Industrie zeigte besonders die Parkettfabrikation eine Besserung, die Holzbildhauerei war, in Berlin wenigstens, nur schleppend beschäftigt. In der Möbelfabrikation war die Beschäftigung durchgehend sehr ruhig, bei festen Löhnen war normales Angebot von Arbeitskräften.

In der Ziegelindustrie geht die Kampagne ihrem Ende entgegen, die Beschäftigung war daher im August schwach, einzelne Ziegeleien stellten gegen Ende August den Betrieb bereits ein. Die Steinindustrie war befriedigender beschäftigt. Die Chemotrieindustrie normal bei normalen Arbeiterverhältnissen. Die Zementindustrie war flott beschäftigt bei gedrückten Preisen. Ueberangebot von Arbeitskräften bestand nicht. Die Steingutfabrikation wies einen ruhigen, normalen Beschäftigung auf. In einzelnen Orten war in Folge der Erntearbeiten ein Arbeitermangel eingetreten.

Die Chemische Industrie weist in den meisten Branchen zufriedenstellende Beschäftigung auf, so insbesondere in der Farbenfabrikation. In der Zuckholzwirtschaft-Industrie war die Beschäftigung mäßig, in der Gerbestoff-Industrie flott. Die Preise konnten auch hier dem Steigen der Rohstoffpreise nicht folgen. Das Angebot der Arbeitskräfte in der Industrie war normal. In der Textil-Industrie trat eine Steigerung der Beschäftigung im August ein. Es ist dies eine normale Erscheinung, welche mit dem in der Ernte regelmäßig auftretenden größeren Bedarf der Landwirtschaft zusammenhängt.

Die Papierindustrie ist nach wie vor gut, wenn auch bei gedrückten Preisen beschäftigt. Allerdings ist der August in der Papierindustrie regelmäßig der stillste Monat, indes ist die sommerliche Stille in diesem Jahre weniger bemerkbar gewesen. Das Angebot von Arbeitskräften hielt sich in den üblichen Grenzen. Löhne und Arbeitszeiten liegen fest.

In der Lederhandlungsindustrie ist an einigen Plätzen, insbesondere in Halberstadt, Münster und Krefeld eine erhebliche Verschlechterung eingetreten, so daß in großem Umfang Handwerksmacher entlassen werden mußten.

In der Spiritus- und Weinherstellung haben wesentliche Veränderungen der Verhältnisse im August nicht stattgefunden. Im Vergleich zum August 1902 hat im August 1903 der Verbrauch in inländischen Feinbranntwein ungefähre die gleiche Höhe behalten, während der Export im Rückgang, der Verbrauch von denaturiertem Branntwein im Gegensatz zur Steigerung begriffen ist.

Die stetige Tendenz der Rohwollindustrie im Juli hat auch während des Monats August fortgedauert. Die Rohwollpreise stiegen an. In den Raffinerien ist im August die Rohwollverarbeitung theils beendet und hat die alljährliche Reinigungsarbeiten begonnen. An Arbeitskräften ist daher das der Pause entsprechende Ueberangebot. Der Geschäftsgang wurde im August durch das bevorstehende Inkrafttreten der Brüsseler Quotenkonvention im zurückhaltenden Sinne beeinflusst.

Soziale Rundschau.

Ein deutscher Arbeiterkongress, der die „Christlichen“ und „unabhängigen“ Gewerkschaften repräsentieren soll, ist zum 25. und 26. Oktober nach Frankfurt a. M. einberufen. Der Kongress soll die nicht sozialdemokratischen, nicht auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Gewerkschaften zu einer geschlossenen Aktion für Fortführung der Sozialreform vereinigen. Nach der in Zeitungsorganen z. veröffentlichen Einladung soll Beschluß gefaßt werden über folgende Gegenstände:

1. Das Koalitionsrecht der deutschen Arbeiter und die Vereinsgesetzgebung. Referenten die Herren: W. Schiffer (Krefeld) und J. Bärn (Frankfurt a. M.)

2. Die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine. Referent: Herr Wilhelm Schrad (Hamburg).

3. Errichtung von Arbeitskammern. Referent: Arbeitersekretär J. Giesberts (M.-Glöblich).

Es wird behauptet, daß schon jetzt 22 Verbände mit 450 000 Mitgliedern ihre Beteiligung zugesagt hätten.

Ob die an „Christlichen Gehorsam“ gewöhnten Schlinglinge des Zentrums und der Stadtmissionare wirklich einen ernstlichen Vorstoß zur Erringung eines wirklichen Koalitionsrechts wagen werden, bleibt abzuwarten. Zu wünschen wäre, daß sie ihren parlamentarischen Vertretern bestimmte Aufgaben in dieser Richtung stellen; sie würden dann gewahrt werden, wie diese „arbeiterfreundlichen“ Herren sich winden und drehen können.

Vom sozialen Kampfplage.

In Cassel trat am Montag, den 14. September, die Arbeiterinnen und Arbeiter der Firma Hüfke u. Co., 36 Personen, davon 32 Verbandsmitglieder, in einen Ausstand, dessen Ursache die geordnete, zunächst aber abgelehnte Entlassung des Direktors war, der sich sittlich gegen eine Arbeiterin vergangen hatte. Nach dreimaliger Verhandlung wurden folgende Zugeständnisse gemacht: 1. Der Direktor wird befristet; 2. für zwei Streiktage wird Lohnerloß gewährt; 3. Anerkennung einer aus drei Arbeiterinnen und zwei Arbeitern bestehenden Kommission, welche bei eintretenden Differenzen zwecks deren Begleichung mit der Firma zu unterhandeln hat; 4. Maßregelungen dürfen nicht vorgenommen werden. Der Ausstand, der in der Öffentlichkeit so sehr das Interesse erregte, hat mit einem vollen Siege der Kolleginnen und Kollegen geendet.

Korrespondenzen.

Berlin. Die Leitung der Kullinfabrik zu Kummelsburg hat in der Woche zum 13. September 5 Kollegen entlassen unter der Angabe, die Entlassung erfolge wegen Mangel an Arbeit. Eine zum 13. September einberufene öffentliche Versammlung nahm zu den Entlassungen Stellung. Nachdem der Referent Kollege Bruns und die Entlassenen die besonderen Umstände dargelegt, unter denen die Entlassung vorgenommen waren, waren die zahlreich Versammelten einstimmig der Meinung, daß „Maßregelung“ statt ordnungsmäßiger Entlassung vorlag, denn die bis dahin innegehabten Stellen der Entlassenen waren anderen Tages wieder besetzt. Einige der Gemäßigten waren bis 3/4 Jahre in diesem Werke beschäftigt. Als einer der größten Gegner der Verbandsangehörigen wurde der sogenannte Werkmeister Herr Wehner bezeichnet. Dieser Herr trachte danach, die dem Verbandsangehörigen unter irgend einem Vorwande zu entlassen, um dafür seine Glaubensgenossen in die Stellen zu bringen. Alle Entlassenen hatten in seiner Abteilung gearbeitet. Die Versammelten forderten die Direktion auf, die Praktiken ihres Werkmeisters doch mal etwas näher anzusehen, denn sie seien nicht immer einwandfrei. Nach Rücksprache mit der Direktion, fand sich diese bereit, einen der Entlassenen wieder einzustellen, derselbe erklärte aber: „Wenn meine 4 anderen Kollegen nicht wieder eingestellt werden, so verzichte ich auch.“ Zum Schluß der Versammlung wurde eine scharfe Protestresolution einstimmig angenommen, deren Inhalt die Anwesenden verpflichtete, sich noch fester als bisher dem Verbandsangehörigen anzuschließen, um bei nochmaligen derartigen Vorkommnissen der Geschäftsleitung energischen Widerstand bieten zu können.

Bremen. Eine Entscheidung des Bremerhaverer Gewerbegerichts dürfte auch unsere Kollegen interessieren. Es handelt sich um die Frage, ob Arbeitsverträge, die das Koalitionsrecht ausschließen, gültig sind oder nicht. Das Gewerbegericht hat in letzterem Sinne entschieden. Die dieser Entscheidung zu Grunde liegende Thatsache ist folgende: Eine Expeditionsfirma hatte zwei Arbeiter entlassen, weil sie dem Handels-, Transport- usw. Arbeiterverbande noch weiter angehörten, trotzdem sie sich durch Kammerunterschrift zum Austritt aus dem Verbandsangehörigen verpflichtet hatten. Als Entlassungsgrund war Kontraktbruch angegeben. Die Betroffenen klagten beim Gewerbegericht auf Ausstellung eines neuen Zeugnisses ohne diesen Vermerk. Aus dem vom Gewerbegericht gefällten, sehr vernünftigen Urtheil haben wir folgenden Passus heraus: Nach § 16 der Bremischen Verfassung vom 1. Januar 1894 stehen Vereine zu gemeinsamer Wirksamkeit nach Maßgabe der Gesetze allen Staatsangehörigen frei; in diesen Vereinen gehören auch zufolge ausdrücklicher Bestimmung der Reichsgewerbeordnung — § 162 — die Arbeiterverbände, die es sich zur Aufgabe machen, günstige Lohnerhältnisse und Arbeitsbedingungen den Arbeitern zu erwirken, insbesondere also auch der Bremerhaverer Verband der Arbeiter des Transport- und Verkehrsgebietes. Dieses durch die Verfassung jedem Staatsangehörigen gewährleistete Recht, einem erlaubten Vereine sich anzuschließen, ist ein staatsbürgerliches Recht, das nur den Grundrücken des öffentlichen Rechts unterliegt und dem Privatrecht der Vereinbarungen gleichgestellt ist. Ein Verzicht auf dieses Recht ist deshalb mit allen Verbindungen von Rechtsnachtheilen, die etwa den Beteiligten für den Fall der Nichtbeachtung dieses Rechtes treffen sollen, gleichmäßig möglich, genau so möglich, wie beispielsweise ein Verzicht des Staatsbürgers auf sein Wahlrecht. Die Folge davon ist, daß trotz eines solchen Verzichtes der Verzichtende gleichwohl berechtigt ist, Mitglied eines erlaubten Vereins, insbesondere eines erlaubten Zweck verfolgenden Arbeiterverbandes zu werden bezw. zu bleiben. Die Bestimmung in den zwischen den Parteien geschlossenen Verträgen, durch die der Verzicht verpflichten, einem Arbeiterverbande nicht anzugehören, ist mithin nichtig.“ — Dieses Ur-

theil des hiesigen Gewerbegerichts hat also rund und nett erklärt, daß Arbeitsverträge, welche das Koalitionsrecht ausschließen, einfach ungültig sind. Wenn wieder die Arbeitgeber mit einer solchen Zustimmung an die Arbeiter herantreten, ein geschlechtlich gemährleitetes Recht für nichts und wieder nichts durch einen Federstrich preiszugeben, so wissen die Arbeiter, was sie zu thun haben. Für den legalen Sinn unserer überpatriotischen Arbeitgeber über ist es bezeichnend, daß die Anerkennung eines Staatsbürgerrechts von ihren Arbeitern erst durch ein gerichtliches Urtheil erzwungen werden mußte.

Hamburg-Großbottel. Am 10. September tagte unsere Mitgliederversammlung. Ueber das Thema: Die Lage der Arbeiter und das Unterstützungswesen der Gewerkschaften, referirte Genosse J. Birner. Redner schilderte in eingehender Weise die Entwicklung der Industrie im Laufe der letzten Jahrzehnte, dabei an einzelnen Beispielen nachweisend, daß trotz der enormen Vergrößerung des Anlagekapitals die Lage der Arbeiter sich nicht günstig entwickelt habe. Als eine der besten Folgen der technischen Entwicklung bezeichnete Redner die Arbeitslosigkeit. Durch sie werde die Möglichkeit, guten Verdienst zu haben, immer geringer. Verkürzung der Arbeitszeit, die eine notwendige Folge der gesteigerten Leistung sein sollte, wird von den Unternehmern nur in den allerletzten Fällen, und auch dann nur nach schweren Kämpfen, zugestanden. Die aus der Arbeitslosigkeit entstehende Nothlage der Arbeiter hat schon vor vielen Jahren einige größere Gewerkschaften veranlaßt, der Arbeitslosenunterstützung ihre Aufmerksamkeit zu widmen. Der Redner giebt anzuwenden zu, daß die Arbeitslosenunterstützung unter allen Umständen eine Pflicht des Staates wäre. Wollte man aber darauf warten, bis durch die Gesetzgebung diese Frage geregelt werde, so bringe man aber weite Schichten der Arbeiterbevölkerung unübersehbare Elend. Es sei nicht zu vergessen, daß bei dem weitestgehenden Theile der von Arbeitslosigkeit betroffenen Arbeiter von Ersparnissen während ihrer Arbeitsfähigkeit keine Rede sein könne, weil durchschnittlich der Verdienst ... derartig miserabel sei, daß er zur Befriedigung auch nur der allernotwendigsten Bedürfnisse in der Regel nicht ausreichte, so daß noch obendrein Schulden gemacht werden müßten. Set aber der Kredit während der Arbeitslosigkeit in Anspruch zu nehmen, so wird in einer großen Anzahl von Fällen bei längerer Arbeitslosigkeit der davon Betroffene die Hilfe der öffentlichen Armenanstalt in Anspruch nehmen müssen, um sich und seine Familie wenigstens vor dem Verhungern zu schützen. Die Inanspruchnahme der Armenpflege bringe ihm aber in staatsrechtlicher Weise einen Nachtheil. Uebrigens gebiete es ja der Selbsterhaltungstrieb der Arbeiter, weil bei Lohnkämpfen ein ganz beträchtlicher Theil von Arbeitswilligen aus den Reihen sich rekrutirt, denen alle Subsistenzmittel fehlen. Habe man die Arbeiterunterstützung, die ja hauptsächlich längeren und ununterbrochenen Zeiten zu Gute komme, in fast allen Gewerkschaften eingeführt, so sei es um so mehr Pflicht, auch für die mit ihren Familien an den Wohnort gebundenen Arbeiter einzutreten. Mit den gegenwärtigen Beiträgen lasse sich dieses allerdings nicht erreichen. Aus kleinlichen Bedenken dürfe man nicht die so notwendige Arbeitslosenunterstützung scheitern lassen. Die so oft prophezeigte Mitgliederzufucht werde nach Einführung der Arbeitslosenunterstützung nicht eintreten, sondern es wird im Gegentheil eine Zunahme, sowie auch eine größere Stabilität des Mitgliederbestandes mit absoluter Sicherheit zu erwarten sein. So habe beispielsweise der Metallarbeiterverband seit der Einführung der Arbeitslosenunterstützung vor ca. 3 Jahren um über 53 Proz. in seinem Mitgliederbestande zugenommen. Bei den anderen Gewerkschaften mit ähnlichen Einrichtungen liege es ebenso. Man möge sich also nicht heitren lassen und mit aller Macht versuchen, die ungewissheit notwendige, nützliche und praktische Arbeitslosenversicherung auch in unserem Verbands zur Einführung zu bringen. — An der Diskussion theilnahmen sich die Kollegen Winkens und Denter und sprachen im Sinne des Referenten. Der zweite Punkt: Bericht von der kombinirten Vorstandssitzung, wurde in ausführlicher Weise von dem Kollegen Winkens erstattet. Es ist beantragt, sämtliche Hamburger Zahlstellen zu einer zu verschmelzen und zwei besoldete Beamte anzustellen. Als Delegirter zur Gaufonferenz wurde Kollege Winkens gewählt.

Hann. In der Mitgliederversammlung am 9. September hielt Genosse Schaumburg einen Vortrag über: „Gewerkschaft und politische Parteien“, welcher mit Beifall aufgenommen wurde. Gegen die ablehnende Haltung des Vorstandes zur Unterstützung der Kollegen auf dem Stralander Glaslager soll Beschwerde beim Ausschuss erhoben werden, weil der Vorstand das Vorliegen einer Maßregelung bestreitet. Die Abrechnung vom Sommervergnügen ergab eine Einnahme von 250,80 Mk. und eine Ausgabe von 229,15 Mk. Als Delegirter zur Gaufonferenz wurde Kollege Puls gewählt. Weiter wurde bekannt gegeben, daß die Assistentin der Gewerbeinspektion in nächster Zeit in einer kombinirten Versammlung der Hamburger Zahlstellen einen Vortrag halten wird.

Höchst a. M. Am 18. September tagte im Lokale „Zum goldenen Wond“ eine öffentliche Versammlung. Kollege Schepfer aus Griesheim referirte über das Thema: „Die Bedeutung der gewerkschaftlichen Organisation“. Redner führte in klaren Worten den Anwesenden vor Augen, daß es gerade für die Kollegen in Höchst eine Nothwendigkeit sei, sich zu organisiren. Im hiesigen Fachwerke würden so niedrige Löhne bezahlt, daß sie zur Bestreitung der notwendigen Ausgaben kaum ausreichten. Auch die Zahl der Unfälle sei eine bedenkliche, wie ja überhaupt in der chemischen Industrie eine große Unfallgefahr zu verzeichnen sei. Mit der Aufforderung an die Anwesenden, sich Mann für Mann der Organisation anzuschließen, habe die Versammlung ihr Ende erreicht.

Köpperberg. Eine gut besuchte Versammlung nahm am 4. September ein Referat des Kollegen Fittgen über das Thema: „Die Verbesserung der Arbeiter seine Lage?“ entgegen. Den weiteren Stoff der Verhandlungen bildeten die Zustände auf den Farbenfabriken der Firma Bayer u. Comp. Zunächst die Ueberstunden, welche von den Schloßern gemacht werden. Ein gewisser Doktor des Betriebes, Bau Nr. 83, sehe sich Nachts die Thätigkeit der Arbeiter vom Dache herab an. Der Betrieb Nr. 24 wurde auch in das Bereich der Betrachtungen gezogen von einem Kollegen, der der „Drohlied“ theilhaftig gewesen ist, die Wohlthatereinrichtungen der Firma zu genehen. Der größte Mißstand sei, daß die Doktoren, soweit sie Betriebsleiter sind, auf Prozente arbeiten. Die Folge davon ist, daß die Arbeiter aufs äperste angegriffen werden. Der Herr Aufseher Müller sei streng, aber gerecht. Er habe Handschuhe überreicht mit dem Bemerkten, nur gleich die Hände mit Wollgarn nachzuhaben. Der geringste Fehler, den ein Arbeiter sich zu Schulden kommen läßt, wird mit 50 Pfg. Strafe geahndet. Sieben drei Mann zusammen, so sieht man sie als Teilnehmer einer Versammlung an. Die Maßnahme des Betriebes ist so eingerichtet, daß Einer den Anderen verdrängen muß. Die Hände müssen mit Chloralkali gewaschen werden; das erfordert ein solches Raschpulver mit kaltem Wasser. Da sind denn nun die vier zur Verfügung stehenden Hände bei vollem Betriebe viel zu wenig. Die Schänke stehen zu dicht zusammen. Will ein Mann nach seinem Schrank, so muß ein Anderer erst aus Gefälligkeit von seinem Schrank wegrücken. Beim Anfangsgelächter zählt der Aufseher die Arbeiter. Jetzt Einer, so wird er aus der Kaffeestube mit Gefang gehalten. Als der hohe Besuch aus Berlin da war, war es anders. Da sollte ein Jeder in der Kaffeestube bleiben, und es schien, als ob Herr M. Schildwache stände. Alle besprochenen Mißstände hier mitzutheilen, dafür fehlt uns der Raum. Die Versammlung drückte sowohl uns als auch den Metallarbeitern

einen nennenswerten Zuwachs an Mitgliedern. Mit Stärkung der Organisation erhält auch diese die Kraft, die Uebelstände in die Wege zu leiten.

Zaugenberg. Die zu Sonnabend, den 12. September, arrangierte Besprechung der Arbeiter der beiden Kalkwerke Nische und Späthe wegen Anschließung an unseren Verband, war gut besucht. Genosse Payer-Gera hielt einen gut durchdachten Vortrag über die Aufgaben der Gewerkschaften, welcher mit Beifall aufgenommen wurde. Nachdem noch der Bevollmächtigte Graul den Zweck und Nutzen des Fabrikarbeiterverbandes dargelegt hatte, ließen sich 10 Mann in den Verband aufnehmen. Es kamen zum Schluß noch einige Mißstände in den Werken zur Sprache.

Neu-Tzenburg. Der Lokalverein der Frauen und Mädchen hielt am 20. September eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab, in welcher Stellung genommen wurde zum Uebertritt in unsern Verband. Nach einer kurzen Einleitung des Vorsitzenden Kuhn legte Kollege Knöchel aus Offenbach die Vortheile des Zentralverbandes gegenüber den Nachtheilen einer Lokalorganisation in der modernen Arbeiterbewegung dar. Dabei betonte er, daß, wenn die Bäckerinnen und Wäglerinnen Tzenburgs vor sieben Jahren ihren Lohnkampf mit Hilfe bürgerlicher Unterstützung gewonnen hätten, dieses heute jedenfalls nicht mehr zutreffen würde. Der Klassenkampf habe sich so ausgeprägt, daß sich die Arbeiter nur noch auf ihre eigene Kraft verlassen könnten, die lediglich in der Zentralorganisation bestünde. Er forderte die Mitglieder auf, endlich einmal mit den Lokalvereinen aufzuräumen und sich zentral zu organisieren. In der darauf folgenden Diskussion, an welcher sich außer dem Kartellvorsitzenden noch einige Kolleginnen und Kollegen beteiligten, wurde allgemein für den Zentralverband eingetreten. Die Abstimmung ergab den Beschluß, den Lokalverein aufzulösen und eine Zahlstelle des Verbandes zu gründen.

Neumünster. Sonntag, den 6. September, Nachmittags 4 Uhr, tagte unsere Mitgliederversammlung. Zur Aufnahme hatten sich einige Personen gemeldet. Vom Gewerkschafts-Kartell wird berichtet, daß dieses es ablehnt, am Orte eine Zahlstelle des Verbandes der Transportarbeiter zu gründen. Die Transportarbeiter, am Orte gering an Zahl, sollen unserer Organisation eingegliedert werden. Zur Gaunkonferenz wurde ein Empfangskomitee von 6 Personen gewählt. Als Delegierter zur Gaunkonferenz wurde Kollege Aalen gewählt.

Schiffel. „Christliche“ Kampfesweise lernten die Besucher einer vom „Christlichen“ Textilarbeiterverbande einberufenen öffentlichen Versammlung kennen, in welcher Herr Schiffer-Krefeld referierte. Der Besuch war ein mäßiger; die einheimischen „Christlichen“ waren schwach vertreten, dafür waren die Hauptmächte aus der ganzen Umgegend zum Stoffgebilden herangereist; das Gros jedoch stellten vor allem Mitglieder unseres Verbandes. Die Kollegen Saagen und Lamoschus waren brieflich eingeladen. Am Eingange machte ein Christlicher, der es schon bis zum Bademeister auf der Jutefabrik gebracht hat und bei seinem löblichen Streben vielleicht bald noch höher steigen wird, eifrig darüber, daß mißliebige Personen seinen Eintritt erhielten. Krause heißt der brave Mann. Schiffer hielt einen Vortrag, der sich durch Sachlichkeit auszeichnete und von jedem freien Gewerkschaftler auch hätte gehalten werden können. Er schilderte die Nothwendigkeit einheitlichen Vorgehens der Arbeiter so überzeugend, daß, wie ihm in der Diskussion bedeutet wurde, die Aufforderung, sich christlich zu organisieren, zu dem Referate wie die Faust auf's Auge paßte. Den Standpunkt der freien Gewerkschaften vertrat die Genossen Saagen, Lamoschus und Rasch, sämtlich in Form und Inhalt ihrer Ausführungen strengste Sachlichkeit bewahrend. Das sollte ihnen schlecht gedankt werden. Schon die „christlichen“ Diskussionsredner wurden recht ausführlich und waren mit beleidigenden Ausdrücken gegen die freien Gewerkschaften um sich. Den Vogel jedoch schloß der ehrenwerthe Schiffer selbst ab, der sich im Schlußworte in seiner wahren Gestalt als echter Dekaplan-Geißler und Meister ultramontaner Verdrehungskunst zeigte. Es geht auf keine Ruhigkeit, was der Mann da in wenigen Minuten an Unwahrscheinlichkeiten zusammenredete. Er entlobete sich u. A. nicht, den freilebenden Crimmitzschauer Kollegen seine echte christliche Sympathie dadurch zu bekunden, daß er ein „anonymes, in irgend einem Fabriklokal entstandenes „Einige Arbeiter“ unterzeichnetes, durch und durch verlogenes Eingelände der Crimmitzschauer Fabrikantenpresse gegen den freien Textilarbeiterverband auspielte. Dem Sachblatte des letzteren unterwarf er — hier ohne Zweifel wider besseres Wissen — Ausdrücke prompter Art gegen die Religion und harte die Seiten, auf seiner Behauptung zu beharren, als ihm zugerufen wurde, daß der Staatsanwalt doch sicher eingeschritten wäre, wenn das zuträfe. Herr Konstantin Müller leistete sich dann noch ein Extrachuldwort, in welchem er sich als würdiger Kampfanführer bewährte. Beiden ward vor verammeltem Kriegsvolke das Prädikat „Lügner“, das sie rühlig eintrudeln, und also geizert, zogen sie von dannen, der Schifferler Arbeitererschaft die Erkenntnis zurücklassend, daß die ärgsten antisemitischen Hadanagiatoren noch Gold find gegen die Leute, welche zu ihren gemeingefährlichen, dem Ausbrennen thum Dämonen liefernden Beirathungen den Namen des Zimmermannssohnes von Nazareth mißbrauchen.

Wandsbek. In der Versammlung am 9. September in der Zentralherberge wurde das Andenken des verstorbenen Kollegen Scherer in üblicher Weise geehrt. Dann wurden die von den verschiedenen Zahlstellen gestellten Anträge zur Gaunkonferenz verlesen. Es wurde dem Delegierten übertragen, nach seinem eigenen Ermessen für oder gegen die Beiträge auf der Gaunkonferenz zu stimmen. Als Delegierter zur Gaunkonferenz wurde Zimmermann gewählt. Ein Antrag Martens, den Crimmitzschauer Beirat 200 Mk. durch den Hauptvorstand zu schicken, wurde angenommen.

Wismar. Hier tagte am 12. September eine öffentliche Versammlung. Ueber Arbeitserwerb und Gewerkschafts-Organisation referierte Kollege Raden aus Lübeck. Derselbe weist nach, daß wohl auch in früheren Zeiten Differenzen zwischen Arbeitern und Arbeitgebern stattgefunden haben, daß aber die Klaffenunterschiede zwischen Arbeitern und Arbeitgebern niemals so tiefgehende gewesen sind, denn jetzt. Diese Klaffenunterschiede haben Kämpfe gezeugt, zu deren Durchführung die Arbeiter sich organisieren mußten. Als Redner dann zu einer Schilderung des profitorientierten Unternehmertums übergeht und nachweist, wie die Kapitalisten sich sträuben gegen eine durchgreifende, den Arbeitern nützende Sozialreform, wurde er von überwachenden Beamten ermahnt, abzusprechen, mildernde Anstöße erfolglos wurde. Unter Protest ging dann Referent auf die Anfeindungen und Arbeiterkämpfe über, an denen unsere Bewegung so reich ist, und forderte zum Schluß die Verantwortlichen zum Eintritt in die Organisation auf. In der Diskussion sprachen noch zwei Kollegen über einen Mißstand, der in einer Fabrik eingetreten ist, und der darin besteht, daß die Arbeiterinnen bis 6 1/2 Uhr Abends beschäftigt werden. Von den Kollegen und auch vom Referenten wurde dieser Zustand als ungünstig bezeichnet.

Die Zahlstelle Braunschweig hat die Zustimmung des Vorstandes dazu erhalten, von jedem Mitgliede 5 Pf. Extrabeitrag pro Monat zu erheben. Außerdem zahlen die Mitglieder, welche auf Gaunkonferenzen, bei einem Besonderebeitrag von 15-21 Mk.

pro Woche 20 Pf., über 21 Mk. pro Woche 30 Pf. Extrabeitrag.

Arbeiter-Bildungsschule, Gewerkschaftshaus, Engelsufer 15, Hof links 2 Tr.

Lehrplan für das 4. Quartal 1903.

Montag: National-Ökonomie (Streifzüge durch die moderne Volkswirtschaft); Vortragender: Schriftsteller Georg Bernhardt.

Dienstag: Geschichte (Geschichte der menschlichen Gedanken über die Natur); Vortragender: Schriftsteller Dr. Rudolf Steiner.

Freitag: Redelebung (Übungen in mündlicher Rede und schriftlichem Aufsatz); Vortragender: Schriftsteller Dr. Rudolf Steiner.

Sonntag: Redelebung (Übungen im Vortrag für Fortgeschrittene); Vortragender: Schriftsteller Dr. Rudolf Steiner.

Der Unterricht beginnt in National-Ökonomie: Montag, den 12. Oktober; Geschichte: Dienstag, den 13. Oktober; Redelebung: Freitag, den 16. Oktober; Redelebung für Fortgeschrittene: Sonntag, den 6. Dezember.

Jeder Kursus erstreckt sich auf zehn Abende und beginnt pünktlich um 9 Uhr und endet pünktlich um 11 1/2 Uhr. Die reichhaltige Bibliothek ist an diesen Abenden von 8 bis 9 Uhr geöffnet. Der Kursus am Sonntag beginnt um 10 Uhr Vormittags und endet um 12 Uhr Mittags. — Der Mitgliedsbeitrag beträgt pro Monat 25 Pf.; das Unterrichtsgeld für jedes Fach beträgt pro Kursus 1 Mark und ist spätestens am zweiten Abend zu zahlen. Der Sonntags-Kursus in Redelebung für Fortgeschrittene kostet 2 Mark (ca. 20 Tage). Der erste Abend jedes Kursus steht Jedermann zum unentgeltlichen Besuch frei.

Die Aufnahme neuer Mitglieder und Schüler erfolgt am besten bei Beginn jedes Kursus im „Gaulokal“, Gewerkschaftshaus, Engelsufer 15, Hof links 2 Tr., und in nachstehenden Zahlstellen: Gottfr. Schulz, Albinstraße 40a; Reul, Barnimstraße 42; Vogel, Demminerstraße 32; Krause, Müllerstraße 7a; Gorsch, Engelsufer 15.

Alle Zuschriften sind an den 1. Vorsitzenden Hermann Samms, Berlin SW. 43, Hornstraße 20, Ouergeb. II, Goldendungen an den Kassirer G. Königs, Berlin S. 59, Hasenharde 50, zu senden.

Der Vorstand.

Welche Kolleginnen erhalten die „Gleichheit“?

Viele Bevollmächtigte sind der Meinung, daß jedes weibliche Verbandsmitglied ein Anrecht auf Bezug der „Gleichheit“ habe; diese Meinung ist falsch. Nur dann, wenn Mann und Frau Mitglieder des Verbandes sind, erhält die Frau die „Gleichheit“, in allen anderen Fällen erhalten die Kolleginnen nicht die „Gleichheit“, sondern den „Proletarier“. Da wir für jedes einzelne Exemplar 4 Pfennig bezahlen müssen, wobei das Porto uns noch extra berechnet wird, so ist es notwendig, daß die Kollegen streng darauf achten, daß die „Gleichheit“ nur an solche Kolleginnen verabsolgt wird, die sie nach dem Beschlusse des Verbandstages in Wirklichkeit zu beanspruchen haben.

Mit kollegialischem Gruß

Aug. Brey.

Quittung.

Bei der Hauptkasse gingen seit dem 15. September folgende Beträge ein:

- Zaugen 33,15. Sonderburg 10,80. Penig 62,10. Gießen 15,15. Winterbude 110,—. Bibed 100,—. Wandsbek 300,—. Magdeburg 500,—. Martrankfurt 935,03. Speyer 150,43. Balam 10,—. Marstein 21,05. Arempa 40,75. Wilhelmshurg 472,95. Eichershausen 160,65. Schw.-Hall 22,30.

Schluß: Dienstag, den 29. September, Mittags 12 Uhr.

Verzichtigung. In Nr. 19 muß es heißen: Pölig 21,50, nicht Zöllchow.

Mitglieder, welche aus dem Militärdienste auscheiden und sich innerhalb 14 Tage wieder im Verbandsamt melden, gelten nicht, wie oft fälschlich angenommen wird, als alte Mitglieder, sondern nach § 6, letzter Absatz, können sie lediglich dem Verbandsamt unentgeltlich wieder beitreten.

Verlorene und für ungültig erklärte Bücher

Nr. 96. Fr. Zillmann, ausgehellt am 26. Oktober 1902 in Marne.

Nr. 7659. ausgehellt am 1. 7. 1901 in Pöbejuch auf den Namen Karl Krüge.

Neue Adressen und Adressen-Änderungen.

- Altona. Karl Dand, Sedanstraße 42, 3. St.
- Börsen. Vertrauensmann Rob. Schlegel, Sofa Nr. 87.
- Essen (Ruhr). Peter Jung, Segrothstraße 43.
- Fechenheim a. M. Reife und Lokalgeschäft wird von jetzt ab beim Kollegen Andreas Dieme, Bergstraße, in den Formittagsstunden ausgehellt. Die Mitglieder-Versammlungen finden jeden 1. und 3. Dienstag im Monat im Gasthaus „Zum Engel“ statt.
- Friedrichshafen (Gau 17). Max Silber.
- Gr.-Ottersleben. Heinz Jubel, Ostermeddingerritt. 16.
- Köthen. Anton Wollemater, Lammstraße 2, 7/10.
- Obermied (Hartz). Emil Böhe, Sad 3.
- Parenz. Wilh. Kruppich, Auguststraße.
- Potsdam. Paul Löwe, Am Fürstenthor 14.
- Rothenburgsort. G. Niemann, Ausschläger-Allee 117, Haus 1, part. 2.
- Siegen a. S. (Baden). Otto Stehle, Gegaufstraße 275.
- Sonderburg (Gau 17). G. Jenßen, Lillienstraße.
- Ulm. B. Rothfuß, Söplingen bei Ulm, bei der Dorf-mühle.
- Woltmershausen. Karl Bode, Bremen-Woltmershausen, Woltmershäuserstraße 280A, 3. Etage.
- Wühlau. Karl Baldschweiler.
- Zöllchow. Reifegeheim-Auszahlung beim Kollegen Ohm, Dörstraße 5, 1. Etage, Mittags von 12-1 Uhr und Abends nach 7 Uhr. Verlehsstatal in Zöllchow beim Kollegen E. Gehre, Schauffstraße 33, in Bredow beim Kollegen E. Wendlandt, Weißstraße 18.

Konferenz des Ganes 6 (Sitz Leipzig).

Unsere diesjährige Konferenz findet am Sonntag, den 18. Oktober, Vormittags 11 Uhr, im Gasthof „Zum Stern“ in Sommerfeld bei Leipzig statt.

Tagesordnung: 1. Bericht der Agitations-Kommission. 2. Bericht der Delegierten. 3. Wie soll sich unsere Agitation in Zukunft gestalten? 4. Wahl des Ortes, wo die Agitations-Kommission ihren Sitz hat. 5. Wahl des Ortes, wo die nächste Konferenz stattfinden soll. 6. Verschiedenes. Anträge zur obigen Tagesordnung sind bis zum 12. Oktober an Unterzeichneten einzusenden. Die Agitations-Kommission für den Gau 6 (Sitz Leipzig). J. W.: Karl Bohr, Leipzig-Bismarck, GutsMuthsstraße 45, 1. Etage.

Gau 8.

Die diesjährige Gau-Konferenz tagt am 18. Oktober, Vormittags 10 Uhr, im „Volks Hause“ in Charlottenburg, Köpenickerstraße 3.

Tagesordnung:

1. Bericht des Gauvorstandes. a) Vorsitzender, b) Kassirer.
 2. Agitation.
 3. Anträge der Zahlstellen.
 4. Bericht der Führer-Kommission.
 5. Wahl des Gauvorsitzenden.
 6. Wahl des Ortes der nächsten Konferenz.
 7. Verschiedenes.
- Die Delegierten werden ersucht, pünktlich zu erscheinen, sie müssen mit Mandaten versehen sein.

Der Gauvorstand.

J. W.: E. Bennewitz, Rixdorf, Hermannstraße 45.

Gau 9.

Unsere diesjährige Gaunkonferenz findet am Sonntag, den 18. Oktober, Mittags 12 Uhr, in Stettin im Lokale des Herrn Ruhholz, Alleestraße 314, statt.

Tagesordnung:

1. Bericht des Vorstandes und Kassirers.
 2. Bericht der Delegierten.
 3. Unsere Agitation.
 4. Berathung der eingegangenen Anträge.
 5. Wahl des Ortes für die nächste Konferenz.
- Sämtliche Delegierte müssen mit Mandaten versehen sein. Anträge der einzelnen Zahlstellen sind bis zum 10. Oktober an den Unterzeichneten einzusenden.

Mit kollegialischem Gruß

Der Vorsitzende:

E. P. Peger, Raggow bei Köslin.

Inserate.

Zahlstelle Golditz.

Sonnabend, den 17. Oktober, im Restaurant „Samburg“: Versammlung.

Tagesordnung:

1. Kassieren der Beiträge.
 2. Vorschlag eines 1. Bevollmächtigten.
 3. Aufnahme neuer Mitglieder.
 4. Verschiedenes.
- Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist notwendig. Die Bevollmächtigten. 1,65 Mk.]

Zahlstelle Deuben.

Am Sonntag, den 11. Oktober, Nachmittags 3 1/2 Uhr, findet im „Augusta-Bad“ eine Versammlung statt.

Tagesordnung:

1. Kassieren der Beiträge.
 2. Neuwahlen der Bevollmächtigten und Revisoren.
- Die Bevollmächtigten. 1,20 Mk.]

Zahlstelle Fechenheim.

Dienstag, den 6. Oktober, im Gasthaus „Zum Engel“: Mitglieder-Versammlung. Vortrag vom Genossen Koch über: „Klassenkampf und Arbeiterschaft“.

Um zahlreichen Besuch der Mitglieder ersucht

Die Ortsverwaltung. 1,05 Mk.]

Zahlstelle Hamburg-St. Georg.

Mitglieder-Versammlung Donnerstag, den 8. Oktober, Abends 9 Uhr, bei Gommel, Raabsweg 31. [0,60 Mk.]

Zahlstelle Rothenburgsort.

Mittwoch, den 14. Oktober, Abends 8 1/2 Uhr, bei v. Eichen, Regimentsstraße 137: Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Vorschläge der Bevollmächtigten und Revisoren.
 2. Bericht von der Gaunkonferenz.
 3. Verschiedenes.
- Die Bevollmächtigten. G. Niemann. 1,50 Mk.]

Zahlstelle Kiel.

Sonnabend, den 17. Oktober, Abends 8 Uhr, in den „Zentral-Hallen“, Alte Reihe:

5. Stiftungsfest

bestehend in Konzert, komischen Vorträgen und Theatervorstellung, Feste, großer Verlosung und Ball. 1,35 Mk.] Das Komitee.

Zahlstelle Stettin.

Im Anschluß an die Gaunkonferenz findet unser Stiftungsfest

am Sonntag, den 18. Oktober, im Lokale des Herrn Buchholz, Alleestraße 314, statt.

Sämtliche Mitglieder der umliegenden Zahlstellen sind hierzu freundlichst eingeladen. 1,50 Mk.] Das Komitee.

Achtung!

Die Kollegen der Zahlstelle Werder-Blindow

Stiftungsfeste

am Sonnabend, den 10. Oktober, vollständig zu erscheinen, weil wir von außerhalb Zutritt erhalten. 1,50 Mk.] Das Komitee.

10 Mark Belohnung

erhält, wer mir nachweisen kann, wo der Arbeiter Josef Wiersek, geboren am 14. März 1860 zu Rappellin (Kreis Protokhin in Posen) ist? Näheres an Friedrich Einfeldt, Garburg, Langestraße 7. [0,90 Mk.]

Neumünster.

Bringe den Kollegen meine Kolonial- und Fettwaren-Handlung in gütige Erinnerung. Empfehle sämtliche Kolonial- und Fettwaren zu den billigsten Preisen. — Margarine Pfd. 60, 70 und 75 Pf. Ausgabe sämtl. Rabattmarken oder 5 Prozent in Baar. 2,75 Mk.] Hermann Schütt, Pielstraße 44.